

E 1005 2/1

CONSEIL FÉDÉRAL
Procès-verbal de la séance du 25 juillet 1917

Handelsabkommen mit Deutschland

Geheim

Mündlich.

Herr Bundespräsident erstattet Bericht über den Gang der Verhandlungen auf Grund der unterm 20. Juli genehmigten Instruktion an die schweizerischen Delegierten. Die auswärtige Delegation des Bundesrates hat seither mit den schweizerischen Unterhändlern mehrere Konferenzen abgehalten und ihnen vorbehältlich der Genehmigung durch den Bundesrat weitere Instruktionen erteilt.

Die Verhandlungen gestalten sich sehr schwierig. Obschon Deutschland erklärt, es ziehe eigentlich vor, ein neues Abkommen nicht zu schliessen, ist es bereit, dasjenige vom Mai¹ zu ersetzen, und zwar mit Geltung bis zum 30. April 1918. Es werden, allerdings ohne Garantie, monatlich 200 000 Tonnen Kohle zum Preise von Fr. 100.– pro Tonne offeriert, während gegenwärtig Fr. 60.– bezahlt werden. Der geforderte Eisenpreis wird von Fr. 60.– auf Fr. 90.– erhöht. Neben diesen Preiserhöhungen wird ein monatliches Anleihen von 27½ Millionen Fr. verlangt. Erhöhung der Preise und Anleihen sollen zusammen 40 Millionen monatlich ausmachen.

1. *Non reproduit.* Cf. E 2001 (B) 1, 96.



30 JUILLET 1917

583

Die Meinung der bundesrätlichen Delegation für Auswärtiges sowohl wie diejenige der schweizerischen Unterhändler geht dahin, die Schweiz habe ein eminentes Interesse am Abschluss eines neuen Abkommens, ein vertragsloser Zustand dürfe nicht riskiert werden. Die schweizerischen Zugeständnisse sollen aber nicht durch Annahme wesentlich höherer Preise, sondern durch Gewährung des Anleihens gemacht werden. Auf Grundlage der bisherigen Preise wurde schweizerischerseits bis jetzt ein monatliches Anleihen von 20 Millionen Fr. in Aussicht gestellt. An der Bestellung grundpfändlicher Sicherheiten haben die Schweizer Delegierten festgehalten.

In den nächsten Tagen werden die Wege, wie das Anleihen zu beschaffen ist, mit Vertretern der Bank- und Industrielwelt besprochen.

Herr Bundesrat Ador ist mit einem Anleihen von 20 Millionen monatlich einverstanden. Er hebt hervor, dass dies ein Äquivalent dafür sei, dass man dem Volk die wichtigsten Artikel (Kohle, Eisen, Kunstdünger, Benzin und Benzol) zu annehmbaren Preisen zu sichern suche. Der Rat erklärt sich mit dem bisherigen Vorgehen der Delegation und ihrer grundsätzlichen Stellungnahme einverstanden.